



„Klarer Sieg mit Schönheitsfehlern –
Jemens Präsident Saleh im Amt bestätigt“

Politischer Kurzbericht
von
Dr. Hardy Ostry
Regionalprogramm Nahost / Mittelmeer

Er zählt bereits zu den Urgesteinen der Herrscher der arabischen Welt und hat es noch einmal – wie zu erwarten war – geschafft: Jemens alter und neuer Präsident Ali Abdullah Saleh ging mit offiziellen 77,17 Prozent als eindeutiger Sieger aus den Präsidentschaftswahlen am 20. September 2006 hervor. Rund 9,2 Millionen Wahlberechtigte des 20 Millionen Einwohner zählenden Landes an der südlichen Spitze der Golf-Halbinsel waren aufgerufen, ihren Präsidenten zu wählen. Der bedeutendste Gegenkandidat der Joint Meeting Party (JMP), Faisal Ben Shamlan erreichte mit 21,82 Prozent für den jemenitischen Kontext ein deutliches Votum. Weit abgeschlagen fanden sich unabhängige Kandidaten wie Fathi Al-Azab (0,46 Prozent), Yassin Abduh Saeed ((0,40 Prozent) sowie Ahmed Al-Majeedi (0,15 Prozent) wieder. Nach offiziellen Angaben machten rund 58 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch die „Supreme Commission for Elections and Referendum“ (SCER) griff die Opposition diese an und erklärte sie für ungültig. Demnach seien zwei Millionen Wahlzettel fälschlicherweise für Saleh anstatt für Shamlan gezählt worden. Saleh griff die Kritik auf und ließ sie teilweise zu, indem er erklärte, man werde die „Fehler dieser Wahlen für die nächsten korrigieren“. Da niemand ernsthaft den Sieg des Präsidenten bei den nach übereinstimmender Meinung nationaler wie internationaler Beobachter offenen und prinzipiell freien und geheimen Wahlen bestreiten kann, finden die derzeitigen Auseinandersetzungen nur über die Höhe des Wahlausgangs statt. Die EU-Wahlbeobachterkommission spricht in ihrem vorläufigen Wahlbericht von „einem soweit offenen und authentischen Wettbewerb“, der „innerhalb der Region eine beachtliche Möglichkeit für einen unbesiegten Staatschef darstellte, echte Veränderungen durch Wahlen“ zu erfahren. Trotz allen Lobes über die im allgemeinen gute Vorbereitung der Wahlen durch die SCER sowie den weitgehend friedlich verlaufenen Wahlprozess werden zugleich Unzulänglichkeiten und Unregelmäßigkeiten hervorgehoben. Da bereits im Jahre 2001 die

Amtszeit des Präsidenten durch ein Verfassungsreferendum von 5 auf sieben Jahre erhöht wurde, ist Saleh durch diese Wahlen bis 2013 im Amt bestätigt.

Kandidaten und Profile

Ali Abdullah Saleh ließ lange Zeit seine Anhänger und insbesondere seine regierende Staatspartei GPC, General People's Congress, im Unklaren darüber, ob der 64jährige ein weiteres Mal zu den Wahlen antreten würde. Noch im Sommer 2005 erklärte er, die Macht bei den kommenden Wahlen abgeben zu wollen. Relativ kurzfristig vor den Wahlen, nachdem die Regierungspartei GPC und die sieben Oppositionsparteien sich auf ein gemeinsames 11-Punkte Papier zur Abhaltung freier und geheimer Wahlen geeinigt hatten, erklärte der Staatsmann - dem wohl organisierten Druck von Massendemonstrationen nachgebend - sich bereit, doch noch einmal anzutreten. „Um dem Willen der Volksmassen zu entsprechen“, wie er später erklärte. Saleh, der bereits 1978 zum Staatsoberhaupt des Nordjemen gewählt worden war, regiert den seit 1990 wiedervereinigten Jemen mit starker Hand, und kann sich bei seinen vorsichtigen Bemühungen zur Öffnung des von tribalen Strukturen und Stammesabhängigkeiten geprägten Landes auf die Unterstützung der Verwaltung, des Militärs wie auch der mehrheitlich staatlichen Medien verlassen. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung hatte der Jemen das System repräsentativer Demokratie als einziges Land der Golf-Halbinsel in der Verfassung (1991) verankert. Zum ersten Mal jedoch sahen die Präsidentschaftswahlen dieses Jahres einen annähernd echten Wettbewerb, da Kandidaten der Oppositionsparteien zugelassen waren. Bei den vorherigen Wahlen im Jahre 1999 hatte Saleh noch für die Region übliche 96,2 Prozent erhalten, wobei der einzige Gegner als unabhängiger Kandidat antrat und der eigenen Regierungspartei entsprang.

Mehr Machteindämmung denn latente Machtbedrohung drohte dem Präsidenten nur von Seiten der „Joint Meeting Party“ (JMP), einem 2002 gegründeten Zusammenschluß unterschiedlicher Oppositionsparteien, die mit **Faisal Bin Shamlan** einen ehemaligen Ölminister als Spitzenkandidaten präsentierten. Das JMP ist dabei eher als ein ungleiches Bündnis politischer Kräfte zu verstehen, bestehend aus der starken islamistischen Islah-Partei, der jemenitischen Sozialistischen Partei sowie drei kleineren Parteien. Was dieses Bündnis zusammenhielt und hält, sind denn auch weniger gemeinsame Überzeugungen denn der politische, sich nicht gegenseitig zu bekämpfen, um reale Chancen gegen die GPC Präsident Salehs zu wahren. Über die Islah-Partei wurde noch bis kurz vor den Wahlen spekuliert, ob sie nicht die Seiten wechseln und erneut wie in der Vergangenheit Saleh unterstützen würde. In diese Richtung waren auch Äußerungen des Vorsitzenden der Islah, Scheich Abdullah Al-

Ahmar, zu verstehen, der erklärte, „besser den Teufel zu haben, den man kenne, als den Engel, der unbekannt sei“. Bin Shamlans Wahlslogan „Ein Präsident für den Jemen, nicht Jemen für seinen Präsidenten“ prangerte insbesondere den Personenkult um Saleh an, verwies auf die mageren wirtschaftspolitischen Fortschritte, konnte letztlich jedoch an der Dominanz des Amtsinhabers nicht rütteln. Stabilität und die unumstrittenen historischen Verdienste Salehs im Zuge der Wiedervereinigung des Landes wie auch dessen wenngleich zaghaften Versuche der Demokratisierung und Öffnung sicherten dem Präsidenten, der dem mit Slogan „Für einen neuen Jemen – eine bessere Zukunft“ in den Wahlkampf zog, den Sieg.

Wahlkampf und Wahlverlauf

Der Umstand, dass es die ersten Präsidentschaftswahlen waren, die mit einem echten Gegenkandidaten durchgeführt wurden, führte zu einer überdurchschnittlichen nationalen wie internationalen Beobachtung der Wahlen, zu denen zeitgleich auch Lokalwahlen stattfanden.

Nachdem die regierende GPC und die sieben Oppositionsparteien am 18. Juni 2006 eine gemeinsame Verpflichtungserklärung zur Durchführung freier und gerechter Wahlen unterschrieben hatten, begann Mitte Juli der Prozess der Kandidatenauswahl durch das Parlament. Bis zum 10. Juli 2006 hatten sich insgesamt 64 potentielle Kandidaten, darunter drei Frauen registrieren lassen. Nach dem Wahlgesetz benötigen die Kandidaten die Stimmen von mindestens fünf Prozent der Abgeordneten des Parlaments wie des Shura-Rates, um zugelassen zu werden. Letztlich erhielten vier Kandidaten die notwendigen Stimmen, um zur Kandidatur gegen Saleh zugelassen zu werden.

Die Monate August und September waren dominiert von Wahlkampfveranstaltungen und Kampagnen der verschiedenen Lager. Ein ungewohnt intensiver Wettbewerb zwischen den Kandidaten sowie verstärktes Interesse der Bevölkerung am Wahlkampf wurden von den regionalen wie lokalen Medien als positives Zeichen bewertet. Aufklärungskampagnen zur Wahl für die mehrheitlich analphabetische Bevölkerung sowie Sensibilisierungen gegen Gewalt und das Tragen von Waffen am Wahltag wurden organisiert. Einige gewaltsame Zwischenfälle von Anhängern der konkurrierenden Parteien überschatteten den ansonsten friedlich verlaufenen Wahlkampf. Die Staatsmacht ihrerseits bot nach offiziellen Angaben 100.000 Polizei- und Sicherheitskräfte auf, um einen störungsfreien Verlauf der Wahlen zu garantieren. Trotz der von allen Parteien durch die Wahlplattform vom 18. Juni 2006 erklärten Selbstverpflichtung zur Neutralität, wurde deutlich, dass Polizei und Militär mehrheitlich den Amtsinhaber unterstützten. Teile der Opposition beklagten demzufolge die Auflösung ihrer

Wahlveranstaltungen, kurzfristige Verhaftungen von JMP-Mitgliedern sowie die aktive Behinderung des Wahlkampfes durch staatliche Behörden.

Die allgemein positive Würdigung des Wahlkampfes wie des Wahlgangs kann daher nicht über eindeutige Missstände und Unzulänglichkeiten hinwegtäuschen. Zu diesen werden insbesondere Fehler und mangelhafte Organisation wie rechtliche Klarheit bei der Registrierung der Wähler gezählt sowie der Mangel an rechtlich eindeutigen Möglichkeiten, gegen Wahlbehinderung, -manipulation wie -fälschung vorzugehen. Darüber hinaus bietet das Wahlrecht selber widersprüchliche Angaben darüber, an welchen Wahlstationen der Wähler zu wählen hat. Eine Unzulänglichkeit, die die Wahlkommission selber erkannte aber erst einen Tag vor den Wahlen zum Anlaß nahm, eine klare Weisung zu erteilen. Im Allgemeinen wird der Wahlkommission eine gute Funktions- und Arbeitsweise attestiert, jedoch kann eine große Nähe und Abhängigkeit in Zusammensetzung wie Tendenz zur Regierungspartei nicht geleugnet werden.

Da die elektronischen Medien im Jemen nach wie vor in staatlichem Besitz sind, kann auch nicht verwundern, dass Beobachter eine eindeutig Bevorzugung des Präsidenten in der Berichterstattung über den Wahlkampf feststellten. Im Printbereich sind zwar private und der Opposition zugehörige Zeitungen erlaubt, aufgrund der hohen Analphabetenquote des Landes erzielen diese jedoch eine geringe Reichweite. Im Vergleich zu den vergangenen Wahlen konnte die EU-Beobachterkommission jedoch keine Vorfälle direkter Zensur oder Maßnahmen gegen die Medien feststellen.

Bewertung

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich beim Jemen um ein Land mit mehr als 50prozentiger Analphabetenquote handelt, soziale und politische Machtstrukturen nach wie vor stark durch Stammenszugehörigkeiten geprägt sind und das von Saleh vorsichtig begonnene Öffnungsprojekt darauf Rücksicht nehmen muss, können die vergangenen Präsidentschaftswahlen als ein wichtiger Schritt hin zur Anwendung der demokratischer Prinzipien im Jemen bezeichnet werden. Insbesondere während des letzten Wahlkampfmonats konnten alle Kandidaten in Veranstaltungen und durch Plakatierungen die Wähler erreichen. Wenngleich Saleh als Amtsinhaber erheblich im Vorteil war, konnte Herausforderer Shamlan in diesem schwierigen Kontext mehr als nur einen Achtungserfolg erringen. Dass Themen wie die stark verwurzelte Korruption und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Landes auf die Agenda kamen, war auch seinem Wahlkampf zu verdanken, der sich weniger auf Personen als auch Themen konzentrierte.